Beschlussbuch der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt am 7. Juni 2013, Berlin, Willy-Brandt-Haus

Beschlüsse

Antrag Nr. 1

Antragsteller: LV Berlin, LV Hamburg, BV Hessen-Nord, BV Hessen-Süd, BV Braunschweig, LV NRW, LV Sachsen, LV Sachsen-Anhalt, LV Schleswig-Holstein

Arbeitsprogramm der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

Deutschland ist reich an Vielfalt und reich an Erfahrung im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Sozialisationen. Zum einen durch viele Flüchtlinge, die in den vergangenen Jahrzehnten bei uns Zuflucht suchten, hauptsächlich aber durch die Anwerbung von Gastarbeitern in den 1950er und 1960er Jahren und durch die Einwanderung der Aussiedlerfamilien nach dem Zusammenbruch des Ostblocks. Da es in den vergangenen Jahren immer weniger Zuwanderung nach Deutschland (welche größtenteils Familienzusammenführung war) gegeben hat, sprechen wir eigentlich über nachholende Zuwanderungspolitik bzw. nachholende Integrationspolitik, wenn Schlagwörter wie „Integration“, „Diversity“ oder „Qualifikationsoffensive“ fallen. Mittlerweile steigt die Einwanderungsquote aber erneut und mit ihr die Herausforderungen einer modernen Einwanderungsgesellschaft.

Integration ist zweifelsohne ein Querschnittsthema und betrifft mittlerweile alle unsere Lebensbereiche von der Kita bis ins Seniorenheim. Es hat auch längst nicht mehr nur mit kulturellen Fragen zu tun, sondern betrifft vor allem soziale Unterschiede in unserer Gesellschaft. Im Diskurs **verwischen die Begrifflichkeiten**, z.B. wird der Begriff „mit Migrationshintergrund“ nicht selten gleichgesetzt mit „hilfebedürftig“, „bildungsfern“ oder „sozial benachteiligt“. Dies stigmatisiert nicht nur viele Menschen „mit Migrationshintergrund“, sondern lässt oftmals den „Integrationsbedarf“ der

Deutschen ohne Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft unberücksichtigt. Dies passiert bspw. bei der Sprachförderung oder der besonderen Berücksichtigung bei Förderprogrammen.

Wer es ernst meint, dass unsere Gesellschaft zusammenwachsen soll, wer wirklich auch die **Notwendigkeit von Zuwanderung** erkennt und gleichzeitig **Teilhabe** und **Chancengleichheit** für alle Mitglieder unserer Gesellschaft wünscht, der muss darauf hinaus, dass wir Worte wie **Integration, Migranten oder Bildungsinländer** perspektivisch endlich überwinden lernen und aufhören diese wieder und wieder zu zementieren.

Bei den Bundestagswahlen 2009 haben sich fast 6 Mio. Wählerinnen und Wähler mit einem Migrationshintergrund beteiligen dürfen und die Zahl dieser Wählergruppe – die in sich sehr heterogen ist – steigt von Tag zu Tag. Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt ist deshalb ein wichtiger Baustein für die inhaltliche Weiterentwicklung unserer Ziele und die Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie in der Zukunft.

Jedoch ist die Gründung nur ein erster Schritt. Bröckelnde traditionelle Bindungen dieser Wählergruppe von Menschen ausländischer Herkunft und der wachsende Wettbewerb um diese sind große Herausforderungen unserer Zeit. Die Union mit ihrer Symbolpolitik, die Grünen mit der erfolgreichen Ansprache der aufstiegsorientierten Gruppen und die Linke mit der starken Anbindung „sozial schwacher Milieus“ sind mit ein Grund dafür, dass 2/3 Mehrheiten der Vergangenheit nicht mehr automatisch gegeben sind. Auf der anderen Seite gibt es enorme neue Potentiale. Das was die SPD z.B. bei den türkeistämmigen Wählerinnen und Wählern verliert, verliert die Union bei den russischsprachigen Menschen. Die Frage ist nur, ob wir es schaffen, diesen Menschen eine neue Heimat zu geben. Und ob wir unsere alten Wählerinnen und Wähler wieder stärker an uns binden können.

Ziele in der Aufbauphase

Die Anfangsphase unserer AG wird dadurch geprägt sein, **Strukturen zu schaffen, so dass die Vielfalt innerhalb unserer Partei sichtbarer wird und in Zukunft mehr Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit unterschiedlichen Herkünften und Lebensgeschichten auch in allen Parlamenten vertreten sein können. Die Vernetzung mit allen existierenden Landesarbeitsgemeinschaften ist uns hierbei besonders wichtig. Dort, wo es noch keine AG Migration und Vielfalt gibt, werden wir die engagierten vor Ort unterstützen, damit sie mit ihren Themen besser Gehör finden.** Das Ziel, zu einem vielfältigen Zusammenleben beizutragen und die Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu fördern, findet sich auch in unseren Richtlinien. Wir wollen dies dadurch bewerkstelligen, dass wir **als Scharnier zwischen Zivilgesellschaft und Partei wirken**. Wir wollen das Ohr der SPD innerhalb der vielen verschiedenen Migranten-Communities und ein Sprachrohr für

Menschen mit Migrationshintergrund in der Sozialdemokratie sein. Dadurch werden wir die interkulturelle Öffnung der SPD voranbringen und vermehrt auch Menschen mit einer Migrationsgeschichte für die SPD gewinnen.

Im Zentrum stehen jedoch die **Impulse zur Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Politik** rund um unsere Themenfelder. Es bedarf eines Durchbuchstabierens unserer Grundwerte in der Teilhabe- und Migrationspolitik. Verunsicherungen aufgrund auch innerparteilich aggressiver Töne gegen Menschen mit Zuwanderungsgeschichten haben viel Vertrauen gekostet, welches wir als AG in den nächsten Jahren für die Sozialdemokratie zurückgewinnen wollen.

Vorhaben in den nächsten zwei Jahren

Vor dem Hintergrund der ambitionierten Zielsetzung müssen wir bewusst und zielgerichtet mit unseren Ressourcen umgehen. Hierzu wollen wir folgende Projekte voranbringen:

- Wir wollen für die Landesverbände abrufbare Seminare konzipieren und anbieten, um dadurch auch einen bundesweiten inhaltlichen Austausch zu gewährleisten. Hierzu wollen wir insbesondere die Zusammenarbeit mit der Parteischule und der Friedrich-Ebert-Stiftung forcieren.
- Mit einem regelmäßigen Newsletter wollen wir interessierte Genossinnen und Genossen über Aktivitäten im gesamten Bundesgebiet auf dem Laufenden halten und hiermit auch eine gemeinsame Diskussionsplattform bieten. Zusätzlich wollen wir, um vor allem junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund von unseren Ideen und Konzepten zu überzeugen, unsere Positionen auch in sozialen Netzwerken veröffentlichen und präsentieren.
- Wir wollen versuchen, unsere Bundeskongresse und Veranstaltungen als Treffen mit intensiven inhaltlichen Diskussionen durchzuführen. Die bundesweite Vernetzung ist an dieser Stelle von besonderer Bedeutung.
- Angelehnt an den Gewerkschaftsbeirat wollen wir eine Institution schaffen, bei der wir uns mindestens einmal jährlich mit gesellschaftlichen Akteuren vernetzen und Impulse aus diesen Kontakten in die SPD tragen.
- Es zeichnet sich ab, dass die nächste Bundestagsfraktion vielfältiger sein wird, als je zuvor und evtl. auch vielfältiger als alle anderen Parteien. Wir wollen zusammen mit der Bundestagsfraktion gemeinsame Veranstaltungen organisieren, um sozialdemokratische Programmatik weiterzuentwickeln.
- Die Medien der Sozialdemokratie, wie den Vorwärts, wollen wir auch als Sprachrohr für unsere Themen nutzen.
- Zu Recht fordern wir immer wieder die interkulturelle Öffnung der staatlichen Institutionen. Wir müssen aber auch uns selbst hinterfragen, wieweit wir diesem Ziel selbst gerecht werden.

Deshalb wollen wir Konzepte zur interkulturellen Öffnung der SPD erarbeiten und den Gremien Vorschläge unterbreiten.

- Zur Neumitgliedergewinnung werden wir Materialien zur Zielgruppenansprache erstellen und prüfen, ob ein bundesweites Mentoring-Programm für Neumitglieder in der Anfangsphase machbar ist.

Inhaltlicher Fokus

Unseren inhaltlichen Fokus wollen wir auf die folgenden zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen legen:

1. eine moderne Einwanderungsgesellschaft –
    a. Rechtlich: die Optionspflicht muss abgeschafft, die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht werden
    b. Gesellschaftlich: Neue Sichtweise auf das „Deutsch sein“ entwickeln: wer gehört dazu? Welche Herkunft, welche Religion, welcher Name, welche Hautfarbe?
2. Bildung und Förderung von Anfang an – Angebote frühkindlicher Bildung müssen bundesweit verbessert werden
3. gleiche Startchancen ins Berufsleben – wir brauchen effektive Übergangssysteme im Ausbildungsbereich
4. Arbeit als direkten Weg zur Teilhabe – dafür muss das Anerkennungsgesetz weiterentwickelt, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten ausgebaut werden
5. Aktiv gegen Diskriminierung– Benachteiligung muss gezielt bekämpft, Gleichheit vor dem Gesetz geschützt werden. Wir kämpfen aktiv gegen Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit aller Art.
6. Neuregelungen im Aufenthaltsrecht - Kettenduldung müssen verhindert werden
7. Integration vor Ort – das ursozialdemokratische Programm „Soziale Stadt“ und Städtebauförderung wollen wir erneut aufleben lassen und stärken

Wir wissen, dass gerade auf den Schultern des ersten Bundesvorstands unserer Arbeitsgemeinschaft eine große Bürde lasten wird. Die großen Herausforderungen wollen wir gemeinsam bewältigen, damit die AG zu einem starken Akteur innerhalb der Sozialdemokratie und bei der Gestaltung unserer Gesellschaft wird.

Votum der Antragskommission: Annahme

Abstimmungsergebnis der Konferenz: einstimmig beschlossen

Antrag Nr. 2

Antragsteller: LV Bayern

Optionspflicht abschaffen - Staatsangehörigkeitsrecht modernisieren

Die Modernisierung des bestehenden Staatsangehörigkeitsrechts ist ein wichtiges Signal an die in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten. Viele der damals als Arbeitskräfte angeworbenen MigrantInnen sind in Deutschland geblieben. Sie sind Teil der deutschen Gesellschaft geworden und haben Kultur, Politik, Sport, Gesellschaft und den Alltag mitgeprägt. Und sie haben entscheidenden Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland.

Mit der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 hat Deutschland den hier geborenen Kindern von Ausländern das Recht eingeräumt, zusätzlich zur Staatsangehörigkeit ihrer Eltern auch den deutschen Pass zu erhalten. Dieses Recht gilt für Kinder von Nicht-EU-Ausländern allerdings nur bis zur Volljährigkeit, mit Ausnahme der Schweiz. Um die deutsche Staatsbürgerschaft darüber hinaus behalten zu können, müssen die "Optionskinder" bis spätestens zu ihrem 23. Lebensjahr nachgewiesen haben, dass sie ihre Ursprungs-Staatsangehörigkeit abgelegt haben. Das betrifft knapp eine halbe Million Kinder, in diesem Jahr müssen die ersten 3.300 jungen Doppelstaatler dies nachgewiesen haben. Man rechnet ab 2018 mit jährlich bis zu 40.000 Doppelstaatlern, die davon betroffen sind. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums wird die Zahl der Optionspflichtigen zum Jahr 2025 auf rund 320.000 ansteigen.

Die Optionspflicht trägt nicht zur Transparenz bei. Im Gegenteil, sie verwirrt vielmehr die jungen Doppelstaatler und stellt ein "bürokratisches Monstrum" dar. Dies beweist eine Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, wonach 34 Prozent der Optionskinder nicht wissen, dass sie ihren deutschen Pass verlieren, sofern sie den Nachweis, ihren ausländischen Pass abgegeben zu haben, nicht erbringen.

Bereits heute wird bei jeder zweiten Neu-Einbürgerung eine Mehrstaatlichkeit bewilligt.

Die Exportnation Deutschland muss ein Signal der Offenheit und der Willkommenskultur aussenden. Das Einwanderungsland Deutschland braucht dringend qualifizierte Zuwanderung, auch aus diesem Grund ist es völlig unverständlich, warum einer halben Million jungen Deutschen mit Ausbürgerung gedroht wird. Selbst zahlreiche Rechtsexperten fordern die Streichung der Optionspflicht. Mit einer

solchen Änderung würde die Bundesrepublik endlich den vielfältigen Forderungen des Europarates nachkommen.

Deshalb stellen wir folgenden Antrag:

Das Optionsmodell wird abgeschafft. Wird ein Kind ausländischer Eltern in Deutschland geboren und hält sich mindestens ein Elternteil mit einem Aufenthaltstitel langjährig in Deutschland auf, erhält das Kind neben der Staatsbürgerschaft der Eltern dauerhaft auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Das bislang geltende Erfordernis, sich ab Vollendung des 18. Lebensjahres für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden zu müssen, entfällt. Wer sich einbürgern lässt, muss seine alte Staatsangehörigkeit nicht mehr aufgeben. Mehrfache bzw. doppelte Staatsbürgerschaft wird auch bei der Einbürgerung ermöglicht. Die Einbürgerungsvoraussetzungen werden insgesamt erleichtert.

Votum der Antragskommission: erledigt durch SPD-Regierungsprogramm

Abstimmungsergebnis der Konferenz: erledigt durch SPD-Regierungsprogramm, einstimmig

Initiativ-Antrag Nr. 1

Wer wir sind und was wir wollen

Gleichberechtigte Teilhabe für alle Mitglieder unserer Gesellschaft – dafür kämpfen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit nunmehr 150 Jahren. Mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt unterstreichen wir dieses Anliegen.

Ziel unserer Arbeitsgemeinschaft ist es, die Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in unserer Gesellschaft und unserer Partei zu fördern. Die Arbeitsgemeinschaft versteht sich als **Scharnier zwischen Zivilgesellschaft und Partei**. Wir wollen Kommunikator innerhalb der verschiedenen Migranten-Communities, innerhalb der Gesellschaft insgesamt und auch Sprachrohr für Menschen mit Migrationshintergrund in der Sozialdemokratie sein. Bei uns kann jeder mitmachen, unabhängig von der Herkunft oder einem Migrationshintergrund! So bringen wir die interkulturelle Öffnung der SPD voran. Wir wollen das politische Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund für die SPD und für alle relevanten Themen unserer Gesellschaft gewinnen. Gerade für diejenigen, die sich bisher von Politik abgewiesen fühlten, wollen wir neue Türen öffnen.

Die **Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Politik** steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir wollen das Vertrauen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichten für die Sozialdemokratie

gewinnen und dort, wo es verloren gegangen ist, zurückgewinnen. Wir wollen keine Politik „für“ Menschen, die eine Zuwanderungsgeschichte haben, sondern für eine starke Gesellschaft streiten, in der viele Diskriminierungen oder Ausgrenzungen nur gemeinsam abgebaut werden können. Ein starkes Wir in unserer Partei soll auch einen besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland bewirken.

Wir arbeiten für eine moderne Zuwanderungsgesellschaft. Das bedeutet für uns:

1. Die Optionspflicht muss abgeschafft, die doppelte Staatsbürgerschaft generell ermöglicht werden. Überflüssige Hürden bei der Einbürgerung müssen aufgehoben werden.

2. Bildung und Förderung von Anfang an. Die Angebote für frühkindliche Bildung müssen bundesweit verbessert werden.

3. Schaffung gleicher Startchancen ins Berufsleben. Wir brauchen effektive Übergangssysteme im Ausbildungsbereich und eine Berufsausbildungsgarantie.

4. Arbeit ist der direkte Weg zur Teilhabe. Das Anerkennungsgesetz für ausländische Bildungsabschlüsse muss weiterentwickelt, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten müssen ausgebaut werden.

5. Integration vor Ort entscheidet. Das ursozialdemokratische Programm „Soziale Stadt“ und die Städtebauförderung wollen wir wieder vernünftig finanzieren und die radikalen Kürzungen der schwarz-gelben Bundesregierung zurücknehmen.

6. Wir wollen ein menschenwürdiges Asylverfahren sicherstellen: Das Flughafenverfahren ist für uns nicht akzeptabel und gehört abgeschafft, Änderungen in Richtung Schnellverfahren lehnen wir generell ab. Wir kämpfen für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Residenzpflicht. Kettenduldungen ohne Perspektiven lehnen wir ab. Jedem Menschen, der länger bei uns lebt oder absehbar leben wird, müssen Integrationsmöglichkeiten gegeben werden.

7. Wir wollen ein Land, in dem die Vielfalt der Gesellschaft auch in ihren Institutionen sichtbar wird. Dafür kommen für uns alle Fördermöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund in Frage: von einer stärkeren Ansprache von jungen Menschen für den Staatsdienst, über anonymisierte Bewerbungsverfahren als Regelfall in den Ministerien und anderen Institutionen bis zur Frage von Zielvereinbarungen und - wo erforderlich - auch Quoten. Die Antidiskriminierungspolitik ist für uns mehr als nur ein Opferschutz, sondern vielmehr ein Werkzeug sozialdemokratischer Aufstiegspolitik.

Wir wissen, dass gerade auf den Schultern des ersten Bundesvorstands unserer Arbeitsgemeinschaft eine große Verantwortung lasten wird. Die Herausforderungen wollen wir gemeinsam bewältigen, damit die AG zu einem starken Akteur innerhalb der Sozialdemokratie und bei der Gestaltung unserer Gesellschaft wird.

Abstimmungsergebnis der Konferenz: einstimmig angenommen

Initiativ-Antrag Nr. 2

Solidarität mit demonstrierenden Menschen in der Türkei

In der vergangenen Woche haben wir erlebt, wie aus einer Demonstration für einen kleinen Park im Herzen Istanbuls – dem Gezi Park – eine landesweite Demonstration für eine liberale und demokratische Gesellschaft in der Türkei entstand. Dabei geht die türkische Polizei bislang brutal und völlig unverhältnismäßig gegen die Demonstrierenden mit Wasserwerfern und Tränengas vor. Hinzu kommt, dass der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan mit seinen provozierenden Äußerungen im Hinblick auf die Ereignisse weitere Gegenreaktionen auslöste. Das alles hat zu einer Dynamik der Protestbewegung beigetragen, die nunmehr in fast allen Provinzen der Türkei angekommen ist.

Dabei ist zu beobachten, dass sich zu den Demonstrationen Menschen zusammenfinden, die verschiedene, ethnische, religiöse und politische Hintergründe besitzen. Das hat es in der Türkei in der bisherigen Form noch nicht gegeben und zeigt die Formierung einer lebendigen Zivilgesellschaft.

Die Ereignisse in der Türkei blieben auch in Deutschland nicht ohne Reaktion: Die bundesweiten Demonstrationen hierzulande zeigen, dass unsere Einwanderungsgesellschaft auch dazu führt, dass wir die Ereignisse außerhalb unserer Grenzen beobachten und auf sie reagieren müssen. Denn sie bewegen und berühren die Menschen in unserem Land. Dieser internationalen Solidarität schließen wir uns an. Deshalb fordern wir die politisch Verantwortlichen in der Türkei auf, die völlig überzogene Gewaltanwendung der Polizei zu beenden und alle friedlichen Demonstranten, die verhaftet wurden – teilweise allein aufgrund von Twitter-Meldungen –, freizulassen. Überdies fordern wir auch, dass die politischen Verantwortlichen jedwede verbale Provokation unterlassen und die, für die Ereignisse verantwortlichen Beamten zur Verantwortung ziehen.

Abstimmungsergebnis der Konferenz: einstimmig angenommen

Initiativ-Antrag Nr. 3

Einbürgerung erleichtern

Die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt schließt sich der Initiative Nordrhein-Westfalens im Bundesrat an, die Einbürgerung zu erleichtern.

Hierin heißt es u.a.

1. Die für die Anspruchseinbürgerung notwendigen Voraufenthaltszeiten werden verkürzt. Duldungszeiten sowie Aufenthalte im Rahmen von Ausbildung und Studium sollen künftig auf die Voraufenthaltszeiten angerechnet werden.
2. Für den Nachweis ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache sollen gesetzliche Ausnahmen für Personen formuliert werden, die über diese nachvollziehbar nicht verfügen können, z.B. bei Analphebetismus.
3. Der verpflichtende Einbürgerungstest soll abgeschafft werden. Einbürgerungswillige sollen jedoch auch künftig über staatsbürgerliche Kenntnisse verfügen.
4. Von der Verpflichtung zur eigenständigen Lebensführungssicherung werden einbürgerungswillige Personen befreit, die das 23. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Darüber hinaus ist die bestehende Härtefallregelung auf eine Ausweitung zu prüfen, z.B. auf Rentnerinnen und Rentner, die Grundsicherung im Alter nach SGB XII beziehen. Ebenfalls ist zu prüfen, inwieweit die Einbürgerungsgebühren sozial gestaffelt werden können, z.B. für kinderreiche Familien.

Abstimmungsergebnis der Konferenz: einstimmig angenommen

Initiativ-Antrag Nr. 4

Armutsmigration: Kommunen unterstützen statt Ängste schüren

Ausweisung und Einreisesperren sind die falsche Antwort auf Einwanderung von EU-Bürgern. Friedrich tut, was er immer tut wenn er nicht weiter weiß: Er macht populistische Ankündigungen und bedient Ängste, ohne Lösungen anzubieten.

Lösungen gibt es also, aber man muss sie anpacken: Wir wissen, dass viele Kommunen vor gewaltigen Herausforderungen stehen. Deshalb muss der Bund ihnen jetzt, auch finanziell, zur Seite stehen. Außerdem müssen wir die Armut in den Herkunftsstaaten bekämpfen. Wir werden den EU Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma ausbauen. Nur so können wir die

Herausforderungen vor Ort annehmen, damit Minderheiten in ihren Herkunftsstaaten integriert werden und Diskriminierungen abgebaut werden. Zuletzt wollen wir denen, die an der Not der Migranten Geld verdienen, das Handwerk legen. Hier haben wir vor allem Vermieter in verschiedenen deutschen Großstädten im Blick, die Schrottimmobilien zu Wucherpreisen vermieten.

Abstimmungsergebnis der Konferenz: einstimmig angenommen